

Analyse: Die Friedensmission der ungarischen Regierung

Brüssel antwortet mit fragwürdigen Überreaktionen

In den vergangenen Wochen hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán mit seinen Reisen nach Kiew, Moskau, Peking und in die USA auf der internationalen Bühne für viel diplomatischen Wirbel gesorgt.

■ VON TAMÁS FÓRAY

Zu Beginn der ungarischen Ratspräsidentschaft, die Ungarn am 1. Juli übernahm, startete Orbán eine Friedensmission, die von vielen europäischen Partnern mit heftiger Kritik quittiert wurde. Dies führte letztlich sogar dazu, dass die von Ursula von der Leyen geführte Europäische Kommission keine Kommissare zu den inoffiziellen Ministertreffen in die ungarische Hauptstadt entsendet und die für Ende August geplante informelle Tagung der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten nicht in Budapest, sondern in Brüssel stattfindet. Wie konnte sich das Verhältnis zwischen Ungarn und der EU so sehr trüben, dass die bisherige Gepflogenheit, nämlich, dass Fachminister mit Kommissaren zum informellen Austausch in dem Land zusammenkommen, das den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, über Bord geworfen wird?

Erste Reise: Ukraine

Zu Beginn der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft am 2. Juli besuchte Viktor Orbán überraschend Kiew, um mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj Gespräche zu führen. Es war sein erster Besuch in der Ukraine seit zehn Jahren und die erste Reise des ungarischen Premierministers nach der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft.

Das Verhältnis zwischen Ungarn und der Ukraine gilt insbesondere wegen der Minderheitenpolitik der Ukraine als angespannt. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass Orbán nach dem Ausbruch des Krieges der Ukraine deshalb keinen symbolischen Besuch abstattete,



Foto: MTT / Presseamt des Ministerpräsidenten / Vivien Cher Benko

Premier Orbán am 5. Juli bei Präsident Putin in Moskau:

Die obersten EU-Vertreter hatten für seine Friedensmission nur Ablehnung übrig.

weil es nur dann sinnvoll wäre, sich mit Selenskyj zu treffen, wenn es etwas zu verkünden gäbe.

Obwohl eine offizielle Ankündigung auch jetzt ausblieb, klangen Selenskyjs Worte auf der Pressekonferenz vertrauensbildend. „Wir haben heute ausführlich darüber gesprochen, wie Ungarn seine Führungsrolle bei der Vorbereitung eines zweiten Friedensgipfels unter Beweis stellen kann“, sagte er und fügte weiter hinzu: „Wir sehen die Möglichkeit, noch in diesem Jahr einen zweiten Gipfel zu veranstalten. Alle Vorbereitungen dafür können wir in den kommenden Monaten treffen. Wir wären für die Unterstützung Ungarns dankbar.“

Fortsetzung in Moskau

Kurz darauf reiste der ungarische Regierungschef nach Moskau, was bei

den Partnern eine noch größere Überraschung auslöste. Sie und die Medien kritisierten, dass sie im Vorfeld der Reise nicht informiert worden seien und dass Orbán keinesfalls im Namen der Europäischen Union verhandeln könne, da er dafür kein Mandat habe.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schloss sich dieser breiten öffentlichen Kritik jedoch nicht an. Er betonte, dass Orbán das Bündnis im Vorfeld über die Reise informiert habe und unterstrich, dass man sich einig sei, dass Russland für den Krieg verantwortlich sei und dass auch Ungarn entsprechende Bündniserklärungen immer mitgetragen habe.

Weiter über Peking in die USA

Bevor Orbán in Washington beim NATO-Gipfel über die Gespräche mit dem

russischen Präsidenten, Wladimir Putin berichten konnte, traf er sich noch mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping sowie nach dem Gipfel mit dem früheren US-Präsidenten und derzeitigen Kandidaten, Donald Trump.

Nach seinen Gesprächen informierte Orbán die europäischen Partner: In einem Brief an EU-Ratspräsident Charles Michel schrieb der Ministerpräsident, die EU solle jetzt die Initiative ergreifen und mit China Gespräche über eine mögliche große Friedenskonferenz führen sowie auf Trumps Rückkehr und Friedensbemühungen vorbereitet sein. Gleichzeitig schlug er vor, die diplomatischen Kontakte mit Russland wieder aufzunehmen, die wegen des Krieges in der Ukraine unterbrochen worden waren.

von der Leyen antwortet mit „symbolischer Geste“

Als Reaktion auf die Reisediplomatie Orbáns erklärte ein Sprecher der Europäischen Kommission, die Kommission wolle „eine symbolische Geste der Missbilligung der unkoordinierten Reisen des Premierministers in Drittstaaten“ setzen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen traf daher die beispiellose Entscheidung, keine Kommissare, sondern nur hohe Beamte zu inoffiziellen Treffen auf Ministerebene nach Ungarn zu entsenden.

Bei diesen Treffen kommen in der Regel Fachminister zum Austausch in dem Land zusammen, das die Ratspräsidentschaft innehat. Die Gastgeberländer nutzen solche informellen Treffen auch, um sich und ihre europapolitische Ausrichtung zu präsentieren. Auch Ungarn hat für das kommende halbe Jahr eine Reihe solcher Termine angesetzt – so trafen sich die Justiz- und Innenminister im Juli in Budapest, wenn auch nicht in voller Besetzung.

Die Entscheidung der Kommission war allerdings nicht allzu verwunderlich, denn von der Leyen wollte in der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments wiedergewählt werden. Sie brauchte die Stimmen der Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen, die eine härtere Gangart gegenüber Ungarn fordern, und buhlte mit der „symbolischen Geste“ zugleich um deren Gunst.

Borrell mit „symbolischen Konsequenzen“

Weniger verständlich ist, warum der scheidende Hohe Vertreter der EU für

Außen- und Sicherheitspolitik, der Sozialdemokrat Josep Borrell, nach der offiziellen Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten entschied, das informelle Treffen, das wie üblich Ende August in Budapest stattfinden sollte, nach Brüssel zu verlegen. Borrell begründete seine Entscheidung damit, dass das Vorgehen Orbáns „völlig inakzeptabel“ sei. Außerdem erinnerte er an das in den EU-Verträgen verankerte Prinzip der loyalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Solidarität, wonach sich die Union und die Mitgliedstaaten gegenseitig unterstützen. Er fügte hinzu, dass er diese Entscheidung getroffen habe, nachdem sich eine Mehrheit der Minister über Ungarn geäußert habe und man dem Land „symbolische“ Konsequenzen auferlegen wolle.

Laut Borrell verurteilten 25 Außenminister Orbáns Verhalten, Unterstützung erhielt Ungarn nur von der Slowakei. Dennoch sei die Entscheidung Borrells unter den Ministern nicht unumstritten gewesen, weshalb der Hohe Vertreter mit diesem „Machtwort“ klarstellte, dass die Kompetenz über die Treffen der Verteidigungs- und Außenminister bei ihm liege. Borrell selbst erntete für diesen unabgestimmten Vorstoß zur Absage des Budapest-Treffens aber auch heftige Kritik. „Spanien unterstützt keinen Boykott in der Europäischen Union“, stellte Außenminister José Manuel Albares klar.

Luxemburgs Außenminister Xavier Bettel nannte die Boykott-Idee „Schwachsinn“ und fügte hinzu, er würde lieber nach Budapest fahren und den Ungarn ins Gesicht sagen, was er denke. Auch Deutschland, Frankreich, Österreich und die Niederlande äußerten sich ablehnend zu Borrells Vorstoß. Die Ironie des Ganzen ist, dass es nun ebenso dazu kommen könnte, dass Borrells Boykottaktion schlussendlich nach hinten losgeht: Zahlreiche Minister könnten dem Brüsseler Treffen vom 28. bis 30. August nun aus Protest fernbleiben, was dem ausscheidenden Borrell ein Schlag ins Gesicht wäre.

Missverständliche Äußerungen

Obwohl Premierminister Viktor Orbán und seine Entourage klarstellten, dass er nicht als Präsident des Rates der Europäischen Union, sondern als Ministerpräsident eines souveränen Staates, der seine Außenpolitik selbst bestimmt, zu seiner Friedensmission aufgebrochen war, mangelte es nicht an zweideutiger Kommunikation. So erklärte Orbán, er sei nach Kiew gereist, weil Ungarn tur-

nusgemäß für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft innehatte und die Frage des Friedens nicht nur für die Ukraine, sondern für ganz Europa wichtig sei.

Zudem kokettierte er selbst in mehreren Interviews damit, dass der letzte Ratspräsident, der politische Missionen unternommen habe, Nicolas Sarkozy gewesen sei und er nun etwas Ähnliches vorhabe. Die in den sozialen Medien veröffentlichten Fotos von Orbáns Reisen mit dem Logo der ungarischen Ratspräsidentschaft waren ebenso wenig hilfreich, um die beiden derzeitigen Rollen Orbáns voneinander zu trennen.

Aber für das, was Wladimir Putin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz über Orbáns Rolle als Ratspräsident gesagt hat, kann der ungarische Ministerpräsident genauso wenig, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz damals neben dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, konnte. Man ist nur für das verantwortlich, was man selbst sagt. Unterstützung für seine Initiative erhielt Orbán übrigens von etlichen ehemaligen europäischen Spitzenpolitikern, unter anderem von Sebastian Kurz und Nicolas Sarkozy.

Fazit

Bei genauerem Hinsehen und Hinören wird trotz mancher berechtigten Kritik deutlich, dass Viktor Orbán eine längerfristige Vision von Waffenstillstand, Frieden und der Zukunft Europas hat und eine – auch politikwissenschaftlich – realistische Außenpolitik verfolgt. Im Gegensatz dazu erscheinen die Reaktionen einiger europäischer Intuitionen und Mitgliedsstaaten übertrieben und undiplomatisch, vor allem wenn man bedenkt, dass die erste ungarische EU-Ratspräsidentschaft ein großer Erfolg war und das Land – auch damals schon unter der Führung Orbáns – als ehrlicher Makler agierte.

Darüber hinaus haben sich der Austausch und die Diskussionen über eine mögliche Lösung des Konflikts nach Orbáns Besuch deutlich intensiviert. Natürlich wurde das Problem nicht sofort gelöst, um wirken zu können, müssen diplomatische Bemühungen aber erst einmal begonnen werden. Sie brauchen dann ihre Zeit. Erste größere Früchte werden mitunter nicht gleich in der großen Öffentlichkeit präsentiert.

Der Autor ist Projektkoordinator am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit.